

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Strassenbau: Rückbesinnung auf Kriterien der Vernunft?

Regierung stellt ein Gespräch mit allen interessierten Kreisen über Sinn und Unsinn von Planungsnormen in Aussicht

Fast zwei Jahrzehnte lang beteten die verantwortlichen Politiker in bezug auf den Bau und den Ausbau von Strassen fast kritiklos den Planern nach. Entscheidend für neue Strassenzüge waren weniger die wirklichen Bedürfnisse der Anwohner, als viel mehr die sogenannten Normen der Planer. Normen übrigens, von denen niemand genau sagen kann, wer sie eigentlich aufgestellt hat und warum sie unbedingt verbindlich sind. Angesichts einer sich wandelnden Mentalität in der Bevölkerung in bezug auf Monster-Strassenprojekte und wohl auch unter dem wachsenden Druck der Öffentlichkeit, will die Regierung nun die Initiative für ein allgemeines Überdenken der Strassenbaupolitik ergreifen.

Diese Zusicherung machte der Regierungschef anlässlich des Pressegesprächs

Auf einen Blick

Das VOLKSBLATT muss zuerst eine traurige Premiere vermelden. Erstmals seit wir uns erinnern können, hat jemand unter falschem Namen und mit gefälschter Unterschrift einen Leserbrief eingeschickt. Die Betroffenen: Jens Dittmar aus Nendeln und das Restaurant Palazoles in Balzers. Der Leserbrief-Fälscher hat keinen Grund, stolz auf sich zu sein. (Seite 2)

Jahre-, ja jahrzehntelang hat man die Strassen so gebaut, dass sie möglichst viele Autos bequem von einem Ort zum anderen bringen konnten. Auf die übrige Umwelt wurde (nicht nur bei uns) kaum geachtet. Dies soll sich jetzt endlich ändern. Auf Drängen der Öffentlichkeit und der LGU will die Regierung die Strassenbaupolitik überdenken. (Seite 1)

Wenn die Regierung den Jahresbericht irgendeines Amtes ohne Kommentar «zur Kenntnis nimmt», dann wird daraus eine Meldung für die Presse. Wenn sie im Zusammenhang mit der sogenannten Kunsthaus-Initiative gegen eine Beschwerde des Initiativkomitees entscheidet, schweigt sie sich aus. Seltene Methoden der Informationspolitik. (Seite 1)

Zwei Meldungen aus unserer gewerblichen Wirtschaft: am Montag versammelten sich auf Initiative von Josef Kalberer («Schlüssel» Mels) 15 von 40 ehemaligen Real-Lehrlingen überraschend bei ihrem früheren Patron (Seite 3). - In Schaan versucht Frau Christine Wohlwend mit einem Spezialgeschäft für Kunsthandwerkliches eine Marktlücke zu schliessen (Seite 2).

Die Weltmeisterschaften 1983 der Radrennfahrer finden sozusagen unmittelbar vor unserer Haustüre, in Altenrhein, statt. Viele Rad-sportfans aus unserem Lande werden am Samstag und Sonntag live dabei sein und die Daumen insbesondere für die liechtensteinischen Teilnehmer Andreas Clavadetscher (Amateur) und Sigi Herrmann (Profis) halten. Näheres im Sportteil. (Seite 7)

Eine der mysteriösesten Flugzeugführungen der letzten Jahre fand gestern in Teheran ein unblutiges Ende. Die am Samstag nach dem Start in Wien entführte Air-France-Maschine, die nach vielen Irrflügen im Iran landete, wurde von ihren Entführern aufgegeben. Die Geiseln und die Mitglieder der Besatzung sind frei. Wir verweisen auf unsere Meldungen im Auslandteil. (Seite 16)



Die Strassenbaupolitik unseres Landes soll (endlich!) neu überdacht werden. Die Bänderer Strasse (unser Bild), ist nach Meinung der Regierung bereits ein positives Beispiel für die neuen Grundsätze, die beim Ausbau unseres Strassennetzes Anwendung finden. Die Strasse wurde weniger gross ausgebaut als ursprünglich vorgesehen war.

vom Dienstag dieser Woche, nachdem er mit der Frage konfrontiert wurde, ob es tatsächlich stimme, dass Gemeinden Subventionen für den Bau bestimmter Strassen nur dann genehmigt werden seien, wenn diese Strasse eine den Normen entsprechende Mindestbreite aufgewiesen hätten. Mit anderen Worten: mittels ihrer Subventionspolitik hätte die Regierung demnach die Gemeinden geradezu gezwungen, bestimmte Strassen breiter und unter Einsatz von mehr Boden zu bauen, als dies beabsichtigt gewesen wäre.

Man sieht die Dinge heute anders

Regierungschef Brunhart stellte in Abrede, dass die Regierung Strassenbaubsubventionen aus den vorerwähnten Gründen je abgelehnt habe. Jedenfalls treffe dies für die Zeit zu, seit der er der Regierung angehöre (1974). Die in den Zeitungen wiederholt angeprangerten, negativen Beispiele von überdimensionierten Strassenzügen seien das Ergebnis von Projekten, die bereits 10 und mehr Jahre zurücklägen und mithin aus einer Zeit stammten, in der dem Strassenverkehr noch absolute Priorität eingeräumt worden sei. Nicht nur in Liechtenstein.

Allerdings darf man (nach Meinung des Regierungschefs) heute auch nicht von einem Extrem ins andere fallen. Die Erschliessung einer Industriezone könne beispielsweise nur mittels Strassen erfolgen, auf denen Nutzfahrzeuge, wie sie in solchen Quartieren regelmässig verkehren müssen, sich ohne Gefahr bewegen können. Dies betrifft sowohl die Breite einer Strasse wie auch den Kurvenradius.

Als positive Aspekte des Umdenkens in Sachen Strassenbau erwähnte der Regierungschef die Bänderer Strasse («die ursprünglich viel breiter geplant war») und die Strasse durch das Vaduzer Oberdorf, die aus denkmalgeschützterischen Aspekten dem Quartier angepasst worden sei.

Schirmbildaktion nicht vergessen!

Siehe Ausschreibung im Inseratenteil dieser Ausgabe.

Strassenraumbericht liegt vor

Wie man am Pressegespräch erfahren konnte, hat die Regierung schon vor einiger Zeit bei einem «jungen Architekten» (so der Regierungschef) einen Strassenraumbericht in Auftrag gegeben. Dieser Bericht liegt jetzt vor und enthält Vorschläge wie man Überbreiten von Strassen, Dorfeinfahrten und Plätze mit gestalterischen Mitteln verschönern könne (Bepflanzungen etc.). Die Regierung wird diesen Bericht der nächsten Vorsterherkonferenz unterbreiten und dann eine Gesprächsrunde über den Strassenbau in Liechtenstein anvisieren. Eine solche «Konferenz» sei auch der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) in Aussicht gestellt worden.

Jedenfalls scheint eine Rückbesinnung auf Kriterien der Vernunft stattzufinden. Zweifelloser ein begrüssenswerter Schritt. Auch wenn es lange genug gedauert hat, bis die Regierung die Zeichen der Zeit ernst nimmt und ihre Politik allmählich den Forderungen der Öffentlichkeit anzupassen beginnt.

Grenzüberschreitende Radwege

Strecke Ruggell/Feldkirch-Bangs wird ausgebaut

Die Regierung nimmt einen Zwischenbericht des Landesbauamtes über ein liechtensteinisches Radwegnetz zu Kenntnis. Dieser Zwischenbericht befasst sich mit einem Konzeptentwurf und den darauf erfolgten Stellungnahmen der Gemeinden. Zurzeit liegen jedoch noch nicht von allen Gemeinden Stellungnahmen vor. Im Rahmen dieses geplanten Konzepts genehmigt die Regierung als Sofortmassnahme die Schaffung einer grenzüberschreitenden Radwegverbindung im Bereich Ruggell-Landesgrenze. Die Kosten des Projektes, das die Asphaltierung des Rheindammes auf dem 700 Meter langen Teilstück von der Mündung des Binnenkanals bis zur Landesgrenze vorsieht, belaufen sich auf rund 60 000 Franken.

Seitens der Stadt Feldkirch und des Landes Vorarlberg besteht ebenfalls die Absicht, den Rheindamm durch Aufbringen eines Belages - ausgehend vom Zollamt Bangs bis zur Staatsgrenze - den Radfahrern zu öffnen. Damit dürfte einer baldigen Realisierung der Radwegverbin-

Projekt für ein neues Gefängnis

Als Hochbauvorhaben von erster Priorität plant die Regierung in absehbarer Zeit den Bau eines neuen Gefängnisses, das möglicherweise als Gemeinschaftsgebäude auch für die Unterbringung der Polizeidienststellen konzipiert sein wird.

Wie Regierungschef Brunhart anlässlich des August-Pressesgesprächs am Dienstag bestätigte, sind die heutigen Verhältnisse im Vaduzer Gefängnis nicht mehr geeignet, um insbesondere drogenabhängigen Insassen gerecht zu werden. Fälle von Drogenmissbrauch durch Gefängnisinsassen während der Haft, haben in den letzten Wochen auch öffentlich Aufsehen erregt.

Bis zur Realisierung eines Gefängnisneubaus erhofft sich die Regierung eine gewisse Entlastung durch den Häftlings-Unterbringungsvertrag mit Österreich. Dieser Vertrag tritt heute Donnerstag in Kraft.

Liechtenstein-Vorarlberg nichts mehr im Wege stehen.

In Liechtenstein bestehen heute allein entlang von Landstrassen über 20 km ausgebaut und markierte Radstreifen. Darüber hinaus sind in vielen Gemeinden vorhandene Wege als Radwege angelegt und signalisiert. Die Ausgangslage für die Erarbeitung und den Ausbau eines landesweit zusammenhängenden und auch sicheren Radwegnetzes ist aufgrund der heute vorliegenden Stellungnahmen der liechtensteinischen Gemeinden positiv. Das Konzept für ein landesweites Radwegnetz kam ursprünglich vor allem den Bedürfnissen des Familienradwanderns entgegen. Mit der Weiterführung dieser Arbeiten werden aber auch Möglichkeiten eines angenehmen und sicheren Radfahrens zur Schule und zum Arbeitsplatz aufgezeigt.

Durch bauliche und verkehrsorganisatorische Massnahmen soll die gegenwärtige Situation für Radfahrer weiter verbessert werden. Als Teilbereich der Landesplanung trägt die Ausarbeitung und Realisierung eines Radwegkonzeptes darüber hinaus zu einer Hebung der Siedlungsqualität und einer Verstärkung des Landschaftsschutzes bei.

Kunsthhaus: Umstrittene Informationspolitik

Warum schwieg sich die Regierung über den ablehnenden Bescheid in Sachen Kunsthaus-Initiative aus?

Die wöchentlich erscheinenden Mitteilungen aus der Regierungssitzung zeichnen sich u. a. dadurch aus, dass sie selbst banalste Beschlüsse wie beispielsweise die Zurkenntnissnahme dieses oder jenes Jahresberichtes als erwähnenswertes Ereignis festhalten. Umso mehr wundert man sich, dass hingegen so wichtige Beschlüsse, wie die Ablehnung einer Beschwerde des Initiativkomitees Kunsthaus der Öffentlichkeit niemals offiziell bekanntgemacht wurden. Der diesbezügliche Regierungsbeschluss vom 26. Juni wurde erst durch das VOLKSBLATT bekannt, welches auf inoffiziellen Weg davon erfuhr und am 4. August darüber berichtete. Wie stellt sich die Regierung zu dieser merkwürdigen Form der Informationspolitik?

Im Pressegespräch vom Dienstag dieser Woche räumte der Regierungschef zwar ein, dass man in bezug auf eine allfällige Veröffentlichung des eingangs erwähnten Beschlusses zweierlei Meinungen haben könne, fügte aber sofort dazu, dass es bisher nicht üblich

gewesen sei, als Unterinstanz über derartige Beschlüsse zu berichten.

Umstrittene Argumente

Diese Aussage überzeugt vor allem aus zwei Gründen doch recht wenig. Erstens handelt es sich bei der sogenannten Kunsthaus-Initiative um ein Geschäft, das auf aussergewöhnlich grosses öffentliches Interesse stösst. Denn nicht nur die Kritiker des Kunsthaus-Projektes, sondern auch die Befürworter verfolgen die diesbezügliche Entwicklung mit Spannung und Interesse. Schliesslich geht es hier nicht um irgendeinen Bau, sondern um ein Jahrhundertwerk im besten Sinne des Wortes.

Die Aussage des Regierungschefs steht aber (zweitens) auch in bezug auf den Begriff «Unterinstanz» auf eher schwachen Beinen. Denn ob die Regierung nur Unterinstanz oder die letztentscheidende Instanz war, hängt nicht von ihr selbst, sondern von den Beschwerdeführern ab. Es hätte ja der Fall sein können, dass die Beschwerdeführer sich mit dem ablehnenden Re-

gierungsbescheid zufrieden gegeben und auf die Weiterführung des Verfahrens zur VBI verzichtet hätten.

VBI immer noch ohne Unterlagen

Die Initiativgruppe hat sofort nach dem Bekanntwerden des (für sie) negativen Regierungsentscheidendes Beschwerde bei der Verwaltungsbeschwerdeinstanz (VBI) eingereicht. Die VBI konnte bislang aber nicht zur Beschwerde Stellung nehmen, weil sie bis jetzt die notwendigen Unterlagen von seiten der Regierung noch gar nicht erhalten hat. Dazu Regierungschef Brunhart sinngemäss: nachdem das Initiativkomitee das Verfahren zur VBI weiterzieht, untersucht die Regierung die eingegangene Beschwerde dahingehend, ob allfällige neue Aspekte auftauchen, welche die Regierung veranlassen könnten, auf ihren seinerzeitigen Beschluss zurückzukommen. Eine diesbezügliche Entscheidung - allenfalls also auch die Weitergabe des Dossiers an die VBI - ist nach Aussage des Regierungschefs bis in etwa 14 Tagen zu erwarten.

Fastenopfer 1983

Stolzes Ergebnis von 230 000 Franken

Die Fastenopfer-Aktion 1983 unter dem Leitmotiv «schaffa, läba, teilaa» erzielte einen ungeahnten Erfolg und darf als Spitzenergebnis eingestuft werden. So erreichte das Fastenopfer der Liechtensteiner Katholiken und aller, die sich mit diesem Werk solidarisieren, das stolze Ergebnis von 229 608,15 Franken. Der Tradition des Liechtensteiner Fastenopfers entsprechend, werden jeweils Liechtensteiner Missionare sowie weitere, speziell ausgesuchte Vorhaben (z. B. Obdachlosenhilfe in Nova Iguaçu in Südamerika, Fahrräder für Katechisten im Südosten des Sudans und dergl. mehr) in der Dritten Welt unterstützt.

Wir wollen uns dem Dank von Dekan Pfarrer Franz Näscher anschliessen und allen, die zu diesem erstmaligen Ergebnis beigetragen haben, ein herzliches «Vergelt's Gott» aussprechen.

Liechtensteiner Fastenopfer 1983
PC-Konto 90-7930